



BESOLDUNG

Leistung muss sich lohnen! Aber, wann kommt die Nachzahlung?

Was will man uns noch alles zumuten? Von Rüdiger Seidenspinner, stellvertr. Landesvorsitzender

Eine Verteidigung von jungen Kolleginnen und Kollegen ist schon etwas Bewegendes. Wissen sie auf was sie sich einlassen? Ich denke schon, zumindest in groben Zügen. Eines aber wissen sie sicher, dass ihr Beruf als Polizist und Polizistin etwas anderes ist als Beamter im Vermessungsamt oder Finanzamt. Gerade deshalb haben wohl auch viele der jungen Kolleginnen und Kollegen diesen Beruf ausgewählt.

Die Besonderheiten des Polizeiberufs werden auch dadurch deutlich, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen geschworen haben, das Grundgesetz, die Landesverfassung und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger notfalls bis zur Inkaufnahme von Verletzungen zu verteidigen. Das sind keine Worthülsen, sondern kommt – leider – oft genug vor. Die jungen Kolleginnen und Kollegen wissen dies, denn sie haben sich über den Polizeiberuf informiert und die Medien berichten ja auch immer wieder davon.

Falsche Vergleiche

Dies sollte man doch auch von Politikern erwarten dürfen? Dass die Politiker, die heute Verantwortung tragen, keinen leichten Job haben, wissen wir alle. Dass sie sich ein hohes – unsere Kinder betrachtet – wichtiges Ziel gesetzt haben, wenn sie den Landeshaushalt sanieren wollen, akzeptieren wir. Doch deswegen gleich „Äpfel mit Birnen vergleichen“, ist schon ziemlich unprofessionell.

Kommunikation untereinander

Uns Gewerkschaftern wirft man immer gerne vor, dass wir

eine Blockadehaltung einnehmen, doch dies stimmt nicht, wie eine ganze Reihe von Themen zeigen. Wir sind oft anderer Meinung, wollen Erreichtes erhalten und stellen uns jeder Diskussion. Wenn man aber manche Dinge erst aus der Zeitung erfährt, braucht man sich nicht zu wundern, dass wir dann nicht begeistert sind.

Regelungskompetenz = Macht

Dass wir gegen die Ergebnisse der Föderalismuskommission waren und die Übertragung der Kompetenzen zur Regelung des Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrechts für falsch halten ist bekannt. Die Fakten sind jetzt aber so wie sie sind, auch wenn uns das nicht gefällt. Diejenigen, die nun die Regelungsinstrumente in den Händen halten, werden sie so schnell nicht wieder hergeben. Wer etwas anderes glaubt, der sollte die Füße wieder auf den Boden stellen.

Besoldungsgruppen

Zurzeit wird alles Mögliche diskutiert. Aber einen richtig mutigen Schritt macht man nicht. Zumindest ist das so nicht erkennbar. Wozu brauchen wir bei der Polizei so viele Besol-



Rüdiger Seidenspinner

dungsgruppen wie wir sie heute haben? Könnte man nicht die ein oder andere streichen und das damit gewonnene Geld auf die anderen verteilen?

Leistungszulagen kontra Funktionszulagen!

Leistung bringen – vielleicht mit wenigen Ausnahmen – alle in der Polizei! Wenn nicht, dann müssten dienstrechtliche Konsequenzen die Folgen sein. Warum denkt man nicht über Funktionszulagen nach, die an die verantwortungsvollen Funktionen gebunden sind – statt über den Unsinn der Leistungsbezahlung zu schwadronieren? Leistungsbezahlung halten wir für hoch problematisch, auch wenn man die „on-top“ bezahlen würde, was bisher aber nur Wunschdenken ist. Die Bürokratie steigt mit solchen Regelungen, wie jetzt im Leistungs-TV für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen ausgehandelt, deutlich erkennbar wird. Diese Regelungen werden wir auch im Land bekommen, weil andere Kräfte dies so wollen. Wer sich für eine Bezahlung der Leis-

tung stark macht, der muss doch zunächst einmal dafür sorgen, dass die „Grundbezahlung“ stimmt. Und die stimmt für große Teile der Polizei in Baden-Württemberg gerade nicht! Dies kann man im Vergleich der Besoldungsstrukturen zwischen den Bundesländern eindeutig ablesen. Wir wollen da nicht im unteren Tabelelendrittel – möglicherweise sogar auf einem der Abstiegsplätze – rangieren, sondern dort, wo sich Baden-Württemberg sonst immer gerne sieht. Auf einem Platz für die „Champions league“!

Hände weg vom Weihnachtsgeld

Einen kleinen Ausgleich für die besonders schlechte Besoldungsstruktur ist bisher noch der Rest des ehemaligen Weihnachtsgeldes, den wir monatlich als Sonderzahlung des Landes auf unseren Gehaltszetteln vorfinden. Warum möchte man jetzt unbedingt an die Sonderzahlungen? Bei unseren Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst und darüber hinaus gibt es dafür aber keine Reserven. Wir werden weiteren Gehaltskürzungen – so muss man diese Pläne bezeichnen – nicht tatenlos zusehen können.

Vorhersage: Wahlverhalten der Pensionäre wird sich bei diesen Maßnahmen ändern!!!!!!!!!!!!

Warum will man den Pensionären die Sonderzuwendungen

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

komplett streichen? Klar, ein pensionierter Studienrat hat eine ansehnliche Pension. Es könnte dem Land eine Menge sparen, wenn man real existierende Pläne – auch bei der Opposition im Landtag – umsetzen würde. Wie sieht es aber beim Polizeihauptmeister oder Polizeioberkommissar aus? Waren das nicht die Kollegen, die die Namen der TOP-Ten der RAF auswendig konnten, die die Studentenunruhen, die so genannten 68er miterleben durften und und und? Warum; wenn es denn schon nötig sein soll, warum dann nicht sozial gestaffelt?

Nach anderen Möglichkeiten suchen

Wir fragen in diesem Zusammenhang aber auch, ob es nicht

andere Möglichkeiten gäbe, den Landeshaushalt zu sanieren, als ständig in die Taschen der Beamtinnen und Beamten einschließlich der Pensionäre zu greifen?

Schwarzseher sind ja nicht sehr beliebt, aber was ist, wenn alle Opfer, die man uns aufs Auge drückt, nicht fruchten und das Ziel 2011 dann doch nicht erreicht wird? Wird dann noch mehr gestrichen? Wo ist eigentlich die Grenze für die Politiker, die sich mit schöner Regelmäßigkeit ihre

eigenen Einkünfte der Preisentwicklung anpassen?

Warum sollten wir der Politik nach den Erfahrungen seit 1997 noch glauben?

Diese Frage drängt sich immer wieder in den Vordergrund. Eine Antwort muss jeder für sich finden – wenn es die überhaupt gibt.

Wir haben nicht vergessen, dass die Dienstrechtsreform 1997 ein großer Betrug an uns allen war. Wenn man jetzt mit den gleichen Rezepten wie damals in eine neue Diskussion einsteigt, dann kann man Vertrauen einfach nicht mehr erwarten.

Der neue Slogan der Leistungsfanatiker ist „Leistung muss sich lohnen“. Das stimmt, aber wann kommt die Nachzahlung?

RSeid



Am 21. und 22. September 2006 fand in Berlin/Dahlewitz die Sitzung des Gewerkschaftsbeirates statt. Bei dieser Sitzung wurde u. a. der 23. Ordentliche Bundeskongress 2006 besprochen. Auch die aktuelle Gewerkschaftspolitik kam nicht zu kurz. Der Bundesvorsitzende Konrad Freiberg sprach über die Auswirkungen der Föderalismusreform und die Aktionen im Herbst. Unser Bild zeigt die Delegation aus Baden-Württemberg, v. l. n. r.: Rüdiger Seidenspinner, Christina Falk, Wolfgang Schmidt und der Landesvorsitzende Josef Schneider.



Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)
Weißensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/2 26 61 63
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „Dezember 2006“ ist Dienstag, der 7. November 2006, und für die „Januar-Ausgabe 2007“, Freitag, der 8. Dezember 2006.

TERMINE

Preisskat

Die Kreisgruppe der LPD Karlsruhe veranstaltet am Dienstag, dem **21. November 2006, ab 17.30 Uhr**, ihren traditionellen Herbstpreisskat. Den Skatfreunden winken wieder wertvolle Preise. Veranstaltungsort ist der Raum „Stimmgabel“ im Areal Durlacher Allee 31-33. Parkraum ist genügend vorhanden. **KG**

KFZ-POLIZEI-TARIF

Achtung: Geldsparen mit neuem KFZ-Polizei-Tarif bei SIGNAL IDUNA... Zusätzliche Rabatte von bis zu 30% für GdP-Mitglieder... Jetzt noch schnell Vergleichsberechnungen anfordern... Versicherungswechsel nur noch möglich bis 30. November... Nähere Infos über Geschäftsstelle Fr. Burger

FÖDERALISMUSREFORM

Wo ist eigentlich unsere Schmerzgrenze?

Von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Manchmal muss man sich ernsthaft fragen, ob unsere Politiker ihr Ziel bereits erreicht haben? Das Ziel nämlich, dem alten Grundsatz „Teile und herrsche“ in unserer Gesellschaft Geltung zu verschaffen. Moderne Menschen sprechen auch von der „Atomisierung“ der Gegner. Einen großen Teil dieser Zielsetzung haben die Ministerpräsidenten und die sie tragenden Landesregierung mit der Föderalismusreform erreicht – die Kampfkraft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist entscheidend beeinträchtigt.

Die Länder können in Zukunft über die Einkommen und die Pensionen ihrer Beamtinnen und Beamten selbst bestimmen. Und deutliche Unterschiede werden schon bei der Übertragung der Ergebnisse des mit der TdL erzielten Tarifabschlusses auf die Landesbeamtinnen und -beamten offenkundig. Leider gab es im Vorfeld der Föderalismusreform weder in den jeweiligen Oppositionsparteien noch in den Medien Menschen, die dieses Thema zu ihrem Thema gemacht hätten. Die Warnungen aller Gewerkschaften wurden einfach ignoriert, weil Gewerkschaften ohnehin nur noch als „Störfaktor“ ausgemacht werden.

Langzeittest?

So ist „klammheimlich“ für die Beamtinnen und Beamten in den Ländern eine Situation entstanden, die bedrohlich wirken muss.

Und trotzdem kann man feststellen, dass diese Bedrohung anscheinend nicht so empfunden wird. Dafür gibt es eigentlich nur wenige Erklärungen:

Vielleicht haben die meisten Beamtinnen und Beamten noch gar nicht realisiert, wie sich ihre Welt verändert hat? Manche Entscheidungen wirken ja auch erst in der Zukunft! Möglicherweise ist aber auch die Schmerzgrenze noch gar nicht tangiert? Schlimm wäre es allerdings, wenn alle bereits so frustriert wären, dass sie längst aufgegeben haben und bis zur bitteren Neige alles ertragen!

Wo also liegt die Schmerzgrenze? Anscheinend machen unsere Politiker gerade einen „Langzeittest“ mit uns.

Auffrischungen

Für diejenigen, deren Erinnerungen bereits betäubt sind, an dieser Stelle ein paar Auffrischungen:

- 1997 Wegfall der Dienstaltersstufen, Einführung von Leistungsstufen mit der Folge, dass für das Land ein gewaltiger Spareffekt eingetreten ist, weil ein Großteil des für sog. Leistungselemente einbehaltenen Geldes entgegen aller Zusagen nicht an die Beamtinnen und Beamten zurückgegeben wurde.
- 1998 Wegfall der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage (erste Auswirkungen ab 1. Januar 2008!). Abkopplung der Polizeizulage von linearen Gehaltserhöhungen, Einführung einer Versorgungsrücklage und Absenkung der Pensionen.
- 2004 erhebliche Kürzung des Weihnachtsgeldes und Umwandlung in monatliche Landessonderzahlungen. Das Urlaubsgeld wurde gleich ganz gestrichen.

Dazu kommt die Verlängerung der Wochenarbeitszeit von ehemals 38,5 Stunden auf zuerst 40 und dann 41 Stunden ohne jeglichen Lohnausgleich.

Für jeden einzelnen von uns bedeuteten diese Entscheidungen der Politik konkrete Gehalts-



Josef Schneider

kürzungen und eine einschneidende Beeinträchtigung unserer Altersbezüge.

Rücklagen?

Wenn man dann die Entwicklung unserer Lebenshaltungskosten dagegen stellt, dann kann es nur so sein, dass viele von uns bereits von der „Substanz“ – also ihren Rücklagen – leben. Die werden aber eines Tages aufgebraucht sein.

Kürzungen mit System

Deshalb an dieser Stelle wenige Zukunftsaussichten: Alle Beamtinnen und Beamten stellen sich folgendes Szenario vor: Es bleibt bei dem Beschluss der Landesregierung, für die Jahre 2006 und 2007 Einmalzahlungen von jeweils 300 und 200 Euro an alle zu bezahlen. Irgendwann in 2008 gibt es eine lineare Gehaltserhöhung im Volumen von 2,9 Prozent. Nicht auf einmal, sondern abgestuft – also zeitlich gestreckt und möglicherweise in mehreren Schritten. Zuvor aber wird unser Arbeitgeber die Landessonderung deutlich kürzen. Ich empfehle jedem mal einen Blick auf seine letzte Gehaltsmitteilung. Das LBV benutzt für diesen Teil unserer

Bezüge die Abkürzung „Landesanteil Bes“.

Stellt euch einfach mal vor, dass dieser Posten in der Rechnung plötzlich fehlen könnte.

Beamte und Versorgungsempfänger bleiben die Melkkühe der Politiker!

Bisher bekommen wir ein Zwölftel von 64 Prozent (Pensionäre 55 Prozent) eines Monatsgehalts. Zukünftig vielleicht ein Zwölftel von 45 Prozent (Pensionäre 35 Prozent) – im Extremfall gleich gar nichts mehr. Das ist kein utopisches Szenario. Solche Erwägungen gibt es bei unseren Politikern hinter verschlossenen Türen alle Tage. Manchmal dringen solche Pläne sogar an die Öffentlichkeit. Wir werden auf jeden Fall auf längere Sicht keine reale Erhöhung unserer Einkommen ausmachen können. Dafür werden wir aber ab Januar 2007 drei Prozent mehr Mehrwertsteuer bezahlen, manche werden die Kürzung der Pendlerpauschale spüren, manche auch die Halbierung des Sparerefreibetrages und anderer zusätzlicher Belastungen – natürlich auch die weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten. Durch die vor der Tür stehende Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten der Polizei werden die wenigen noch zu erwartenden Beförderungen noch länger auf sich warten lassen.

Deshalb frage ich mich immer noch: Wo liegt eigentlich unsere Schmerzgrenze?

Anzeige

Tauschpartner aus Baden-Württemberg gesucht!
 PK, gD, aus Nordrhein-Westfalen, z. Zt. tätig in Bonn, sucht eine(n) Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg. Gerne ist auch ein Ringtausch möglich.
 Telefon: 01 51/11 21 35 57 (privat)
 o. 02 28/15 39 13 (dienstlich)
 Meldet euch!

Lebensarbeitszeit, Beamtenbesoldung und Versorgung, Personalsituation

Themen des GdP-Gespräches mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion MdL Stefan Mappus

Stuttgart. Im Haus der Abgeordneten führte die GdP am 28. September 2006 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion MdL Stefan Mappus. Weiter nahmen von der CDU der stv. Fraktionsvorsitzende MdL Dr. Stefan Scheffold, der Polizeisprecher MdL Thomas Blenke und der parlamentarische Berater Peter Poymann an dem Gespräch teil.

Aus Sicht der GdP ist die Polizei in Baden-Württemberg nicht so aufgestellt, dass man beruhigt in die Zukunft blicken könnte. Wer die Sicherheit in Baden-Württemberg gewährleisten will, der muss dazu Geld in die Hand nehmen und nicht ca. 2000 Stellen (Vollzug- und Nicht-vollzug) in den nächsten Jahren abbauen.

Aufgrund der Altersstruktur und der wachsenden Aufgabenfülle (Bedrohungslage Terrorismus) muss auf den Abbau von Planstellen bei der Polizei verzichtet werden, so der Landesvorsitzende Josef

Schneider. Die GdP hält die Erhöhung der Ausbildungszahlen für den Polizeivollzugsdienst dringend geboten. Die Erhöhung dieser Zahlen ist auch aus der Gesamtschau auf dem Ausbildungsmarkt und zur Erhaltung



GdP im Gespräch mit CDU-Landtagsfraktion. Unser Bild zeigt v. l. n. r.: MdL Dr. Stefan Scheffold, MdL Stefan Mappus, Fraktionsvorsitzender, MdL Thomas Blenke, Polizeisprecher

der Ausbildungsstandorte der Polizei unverzichtbar.

Von der GdP nahmen an dem Gespräch außer dem Landesvorsitzenden noch die Kollegen Rüdiger Seidenspinner, Lothar Adolf, Rolf Kircher, Wolfgang

Kircher und Wolfgang Schmidt teil.

Der GdP Landesvorsitzende Josef Schneider forderte die Politiker auf, sich Gedanken darüber zu machen, dass sich die Sicherheitslage verändert habe. Er verwies dabei auf die versuchten Bombenattentate und auf die Einsätze der Polizei bei „Rechten Aufmärschen“. „Die Einsatzkräfte sind an ihrem obersten Level angelangt“, so der Landesvorsitzende.

Schneider brachte vor, dass, wenn immer mehr Stellen im Tarifbereich eingespart werden würden, hochbezahlte Polizeibeamte diese Arbeiten dann verrichten müssten.



Teilnehmer am Gespräch, v. l. n. r.: Rolf Kircher, Wolfgang Kircher, Josef Schneider, MdL Mappus, MdL Thomas Blenke, Rüdiger Seidenspinner, Lothar Adolf und Wolfgang Schmidt

Personal

Von Seiten der Politiker wurde immer wieder das Volumen der Arbeitszeiterhöhung auf 41 Stunden vorgebracht. Dies sind die Einsparungen in den Jahren 2007 und 2008. Ab 2007 will man mit den Einstellungen bei der Bereitschaftspolizei wieder kontinuierlich nach oben fahren.

Als berechtigt wurde das Verlangen der GdP von den Gesprächspartnern eingestuft. Es sei eine schwierige Abwägung gewesen, aber die Polizei würde noch besser behandelt als andere Personalstellen im Landeshaushalt.

GESPRÄCH

Das Problem des „Nichtvollzuges“ sei erkannt, so MdL Mappus. Hier würde nicht sehr ökonomisch gehandelt und die CDU-Landtagsfraktion sei an dem Thema dran.

Lebensarbeitszeit

Hier sei noch nichts entschieden, so der Fraktionsvorsitzende. Man höre sich gerne die Vorschläge der GdP an.

Schneider stellte nochmals die Position der GdP vor. Insbesondere versteht die GdP nicht, dass man die bestehende gesetzliche Regelung der freiwilligen Verlängerung bisher gar nicht ausprobiert hat und nun eine gesetzliche Verlängerung anstrebt. So

kann man auch gar nicht einschätzen, ob freiwillige Lösungen ausreichen hätten.

Schneider forderte für den Wechselschichtdienst und andere ähnlich belastete Verwendungen in der Polizei besondere Regelungen, dass diese auch in Zukunft mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt werden könnten.

Die CDU will eine Lösung anstreben die im Konsens läuft, so Mappus.

Es gibt viele Berechnungsmodelle und Pläne, auch widersprüchliche Aussagen zu dem Thema. Welche Form bez. Verlängerung letztendlich gewählt wird, lässt sich zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen, so die CDU.

Besoldungserhöhung

Die GdP fordert die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten.

Nach den Erkenntnissen der GdP plant die Landesregierung aber eine erneute Absenkung der ehemaligen Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld). Der GdP-Landesvorsitzende kündigte bei diesen Plänen den entschiedenen Widerstand der GdP an. „Notfalls werden wir auf die Straße gehen“, so Schneider.

Schneider stellte den Politikern ein Berechnungsbeispiel vor das aufzeigte, dass ein Polizeiobermeister durch die nicht gestaffelte Einmalzahlung etwa

410 Euro weniger bekommt als wenn der Tarifabschluss (gestaffelte Zahlungen) genau übertragen worden wäre.

Weitere Inhalte des Gespräches waren:

- Umsetzung der versprochenen 1400 Beförderungsmöglichkeiten
- Leistungszulage/Leistungsprämie
- Beförderungssituation im höheren Dienst

Am Schluss des etwa 2-stündigen Gespräches bedankte sich der Landesvorsitzende bei MdL Stefan Mappus und den weiteren Gesprächspartnern der CDU-Landtagsfraktion.

wosch

KRIMINALPOLIZEI

GdP im Gespräch mit LKD Hartmut Grasmück

Stuttgart. Das für die Kriminalpolizei zuständige GLV-Mitglied Wolfgang Schmidt und der Beisitzer für Kriminalpolizei im Landesvorstand der GdP, Mike Scheumann, sprachen am Freitag, dem 29. September 2006, im Innenministerium mit dem Landeskriminaldirektor Hartmut Grasmück über die aktuellen Probleme der Kriminalpolizei.

Bei dem Gespräch wurden vor allem die Problemstellungen aus dem so genannten „Ruff-Papier“ erörtert. Dem LKD wurde auch mitgeteilt, dass die GdP in den Strukturfragen der Kriminalpolizei eine Kommission eingesetzt hat, deren Ergebnisse auch dem Innenministerium vorgelegt werden.

Bei der Frage der schlechten Aufstiegsmöglichkeiten bei der Kriminalpolizei verwies LKD Hartmut Grasmück auf die Erhebung des Innenministeriums bei den Dienststellen. Diese bisher vorliegenden Zahlen untermauern nicht die Meinung aus dem Papier, sondern belegen in den meisten Fällen, dass die Wartezeiten zur Beförderung ab A 11 und höher bei der Kriminalpolizei im Durchschnitt nicht so hoch sind wie die Wartezeiten bei der

Schutzpolizei. Der LKD gab aber zu bedenken, dass noch nicht alle Ergebnisse der Umfrage vorliegen würden.

Planvermerke

Von der GdP wurde vorgebracht, dass es keine einheitliche Beförderungspraxis in Baden-Württemberg gibt. Manche Regierungspräsidien nutzen die Möglichkeit von Planvermerken zwischen den beiden Haushalts-säulen der Schutz- und Kriminalpolizei und andere aber betrachten heute schon alle Beförderungsmöglichkeiten als einen Topf und es ist dort egal, ob der Beförderungskandidat von der Schutz- oder Kriminalpolizei kommt.

Dieser Frage will der LKD nachgehen.



Die GdP im Gespräch mit dem Landeskriminaldirektor. Unser Bild zeigt v. l. n. r.: LKD Hartmut Grasmück, Mike Scheumann, Beisitzer für die Kriminalpolizei im Landesvorstand und das für die Kriminalpolizei zuständige GLV-Mitglied Wolfgang Schmidt

Bei dem Gespräch wurden weitere Fragen angesprochen wie:

- Wertigkeit der Kriminalpolizei
- Verlierer der Reorganisation?
- Beurteilungspraxis – Vergleichsgruppenproblematik
- Nachwuchsgewinnung und Versetzungsproblematik

Mit dem LKD wurde vereinbart, dass, wenn die endgültigen Zahlen und die Ergebnisse der GdP-Strukturkommission vorliegen, ein weiteres Gespräch stattfinden wird.

wosch

Polzeibälle

Herzliche Einladung an alle interessierten Kolleginnen und Kollegen zu drei Polzeibällen im Monat November 2006 in Baden-Württemberg.

Samstag, 4. November 2006

Polzeiball in Karlsruhe in der Badnerlandhalle.

Samstag, 18. November 2006

Polzeiball in Weingarten, Stadthalle.

Samstag, 25. November 2006

Polzeiball im Zentrum Esslingen-Zell im Landkreis Esslingen.

Das Sozialwerk der Polizei hat wieder für jeden Ball ein tolles Programm zusammengestellt.

Alle Kolleginnen und Kollegen sind mit ihren Freunden und Bekannten recht herzlich eingeladen. Karten gibt es bei den jeweiligen Kreisgruppen. *Wosch*

EINLADUNG

JHV der KG PP KA

Am 5. Dezember 2006 um 15.00 Uhr findet im DGB-Haus in der Ettlinger Straße 3a in Karlsruhe die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe beim PP Karlsruhe statt.

Hierzu sind alle Mitglieder recht herzlich eingeladen.

Für das leibliche Wohl (Kaffee und Kuchen) ist gesorgt.

Neben dem Rechenschaftsbericht des Kreisgruppenvorstandes wird unser Landesvorsitzender

Josef Schneider über aktuelle gewerkschaftliche Themen, wie zum Beispiel der Diskussion um die Lebensarbeitszeit, die Entwicklungen in der Beamtenpolitik, dem Tarifgeschehen und der zukünftigen Zuständigkeit der Länder und deren Ausgestaltung, referieren.

Der Kreisgruppenvorstand würde sich über eine zahlreiche Teilnahme freuen.

*Rüdiger Seidenspinner
Kreisgruppenvorsitzender*



Abendessen mit dem Bundesvorsitzenden.

Gewinner des Abendessens mit dem Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg für einen Beitrag zum Preisausschreiben „Lichtblicke“ in der Deutschen Polizei war Kollege Jürgen Steck, Regierungspräsidium Stuttgart, Landespolizeidirektion Dezernat Wirtschaftsdelikte.

Die GdP hatte im Januar 2006 in der Deutschen Polizei alle Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, auch einmal über erfreuliche Seiten aus dem alltäglichen Dienst zu berichten.

Kollege Jürgen Steck hat seinen Beitrag unter der Überschrift „Vernebelt“ gestellt, der im Monat März 2006 in der Deutschen Polizei auf Seite 26 veröffentlicht wurde.

Unser Bild zeigt links Jürgen Steck, in der Mitte den Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und einen weiteren Kollegen des Dezernates Wirtschaftsdelikte bei der Landespolizeidirektion Stuttgart.

Die Landesredaktion gratuliert nachträglich.



GdP-Rente:

Jetzt wird's allerhöchste Zeit



**Josef Schneider,
Landesvorsitzender der
GdP BW:**
*„Ich habe die GdP-Rente
abgeschlossen, weil
private Vorsorge unab-
dingbar wird und die
Rendite gut ist. Ich habe
verglichen.“*



**Thomas Mohr,
Kreisgruppenvorsitzender:**
*„Ich habe die GdP-Rente ab-
geschlossen, weil die GdP
hier etwas ganz besonderes
für mich und meine Zukunft
kreiert hat. Geschenke soll
man annehmen, so lange es
sie gibt.“*

Lust auf Geld vom Staat ? – „GdP-Rente“ jetzt beantragen!

In einer Zeit, in der Steuern, Gebühren und Abgaben steigen, in der Einkommen stagnieren, in der die staatlichen Altersversorgungssysteme (Gesetzliche Rentenversicherung und Beamtenversorgung) ihre Leistungszusagen für die Zukunft erheblich reduzieren ist es geradezu Bürgerspflicht, die wenigen staatlichen „Geschenke“ zu kennen und nach sorgfältiger Prüfung auch zu nutzen.

Unabhängige Verbraucherschutzorganisationen bewerten die sog. „**Riesterförderung**“ als die derzeit renditestärkste Form zum Aufbau einer zusätzlichen privaten Rente. Gerade die Zulagen werden in ihrer Höhe oft unterschätzt. Eine Familie mit 2 Kindern erhält seit 2006 einen Betrag von 504 € jährlich und ab 2008 erhöht sich dieser sogar auf 678 €! Darüber hinaus kann es ggf. zu einer zusätzlichen Steuerrückerstattung über die Einkommensteuererklärung kommen.

Zwei weitere wesentliche gesetzliche Verbesserungen haben dazu geführt, dass unsere GdP-Rente in den vergangenen Monaten einen sehr starken Zulauf gefunden hat:

- 1.) Zum Rentenbeginn ist nun eine einmalige Auszahlung von bis zu **30%** des vorhandenen Kapitals möglich. Das Restkapital wird **lebenslang** verrentet.
- 2.) Die Beantragung der Zulagen wird jetzt erheblich vereinfacht, denn künftig gibt es einen **Dauerzulagenantrag**, der auch für die Folgejahre gilt.

Wir sind froh und stolz darauf, mit der GdP-Rente einen guten Weg aufzeigen zu können, wie staatliche „Geschenke“ zum Vorteil unserer Mitglieder optimal genutzt werden können, denn neben einer erhöhten Überschussbeteiligung erhalten GdP-Mitglieder zwei für unser Berufsrisiko sinnvolle Zusatzleistungen, die keinen zusätzlichen Beitrag kosten:

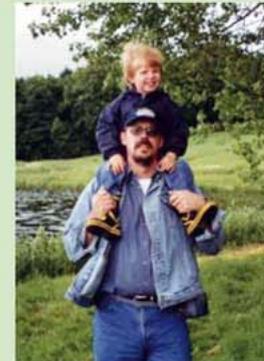
- a) Bei Invalidität aufgrund eines Unfalls – rund um die Uhr und weltweit – wird ein Betrag von bis zu **6000 €** gezahlt
- b) Bei gewaltsamem Tod im Dienst durch eine vorsätzliche Straftat wird eine Summe von **15 000 €** für die Hinterbliebenen zur Verfügung gestellt.

Wir empfehlen daher dringend, sich dem Thema nicht zu verschließen. Lasst Euch ganz einfach einen konkreten Vorschlag berechnen, denn nur der „Wissende“ ist in der Lage gute Entscheidungen zu treffen.

Nähere Informationen erhaltet Ihr über unsere Geschäftsstelle oder bei unseren Vertrauensleuten und Sozialwerksmitarbeitern in den Kreisgruppen.



**Karen Seiter,
Landesjugendvorsitzende:**
*„Ich habe die GdP-Rente ab-
geschlossen, weil mir be-
wusst ist, dass gerade wir
Jungen noch lange nicht das
Ende der Fahnenstange weite-
rer Versorsorgungskürzungen
gesehen haben.“*



**Rüdiger Seidenspinner,
stv. Landesvorsitzender:**
*„Ich habe die GdP-Rente
abgeschlossen, weil mein
Sohn erst 4 Jahre alt ist und
ich auch im Ruhestand noch
finanziell für ihn und für mei-
ne Frau Verantwortung tra-
gen können möchte.“*

**Wir sind nicht besser, weil wir größer sind!
Wir sind größer, weil wir besser sind!**